

GEWALT GEGEN POLIZISTEN

Mehr Tempo, aber mit Bedacht

Szenen wie in den Banlieues von Paris spielten sich am Wochenende um die Reitschule und bereits zuvor bei der Räumung einer besetzten Liegenschaft in Bern ab. Unbewilligte Demonstrationen arteten in Strassenschlachten aus. Steine, Feuerwerkskörper und Glasflaschen flogen durch die Luft. Besonders heimtückisch waren Attacken mittels Laserpointer. Im Visier der Randalierer standen Polizisten, zwölf von ihnen wurden verletzt.

Nur zwei Tage später hat am Montag einige hundert Meter vom Schauplatz entfernt der Ständerat einen Vorstoss abgelehnt, der strengere Strafen bei Aggressionen gegen Beamte fordert. Die zeitliche Nähe ist ein Zufall. In der Sache zeigen die Krawalle die Spitze des Eisbergs: Die Aggressionen gegenüber Beamten und Behörden haben in den vergangenen 20 Jahren stark zugenommen – von 423 auf 2808 Fälle.

Gerade in solchen Situationen ist es für Politiker nur allzu verlockend, den harten Hund zu markieren. Man müsse jetzt ein «Zeichen setzen», auch aus Respekt vor den Polizisten, verlangten die Anhänger des Vorstosses. Die darin geforderte undifferenzierte Verschärfung der Strafen schießt jedoch weit über das Ziel hinaus. Künftig wären Aggressionen gegen Beamte und Polizisten mit einer Freiheitsstrafe von mindestens 1 Jahr belegt. Die Höchststrafe würde von 3 auf 5 Jahre erhöht. Im Strafgesetzbuch sind Mindeststrafen indes nur bei besonders schweren Delikten wie Totschlag oder Vergewaltigung vorgesehen. Die Verschärfung würde neu auch beispielsweise für betrunkene Autofahrer gelten, die bei einer Polizeikontrolle pöbeln und sich einem Alkoholttest widersetzen. Für solche Fälle darf der Mindestansatz nicht bei 1 Jahr Freiheitsstrafe sein, was völlig unverhältnismässig wäre.

Das heutige Gesetz ist nicht zahnlos. Wer etwa Pflastersteine auf Polizisten knallt, dem droht wegen schwerer Körperverletzung eine Freiheitsstrafe bis zu 10 Jahren. Das Problem hier ist nicht das Strafmass, sondern der Vollzug. Oft können die Straftäter nicht gefasst werden. Müssten die Polizisten auch noch aller Aggressoren habhaft werden, wäre ihr Einsatz noch viel gefährlicher, als er heute schon ist. Das heisst aber nicht, dass die Politiker das Geschäft ad acta legen können. Gegen die steigende Gewaltbereitschaft gegenüber Behörden und Beamten helfen höhere Strafen alleine nicht. Aber sie könnten zur Abschreckung beitragen. Dazu braucht es nicht neue Maximalstrafen. Die Gerichte schöpfen nämlich schon heute den Strafraumen nicht aus. Hingegen könnten kürzere Mindeststrafen in Betracht gezogen werden. Möglich wäre auch eine Kombination von Freiheits- und Geldstrafe. Heute gilt das eine oder das andere. Der Bundesrat wird dazu demnächst seine Vorschläge präsentieren.

Gewaltexzesse wie am Wochenende sind leider kein neues Phänomen. Das Parlament hatte es aber bis jetzt nicht eilig und schob zahlreiche Vorstösse, Petitionen und Standesinitiativen von Kantonen zum Thema auf die lange Bank, was verständlicherweise den Unmut bei den Polizeikörpern erregt hat. Nun ist mehr Tempo gefordert, aber nicht so wie im abgelehnten Vorstoss.